

P R O T O K O L L  
der 409. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 18. August 2020
Zeit	19.30 – 21.10 Uhr
Ort	Turnhalle der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Grubwinkler Christa
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bar Abdelmajid, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura, Brenni Gino, Brunner Joe, Buff Ronald, Corti Andrea, Grütter K. Urs, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Hennache Lamya, Herren Jennifer, Jordi Kevin, Klopstein Carole, Kohler Andreas, Lauper Reto, Legler Bettina, Lütolf Roland, Messerli Patricia, Rösli Patrick, Ruta-Robert Dominique, Schmid Eva, Schmitter Beat, Siegenthaler Muinde Gabriele, Slongo-Millioud Anne-Claude, Spycher Christian, Thut Walter, von Gunten Adrian, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Brunner Joe, Bärtschi Daniel
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Lack Stephan, Künzi-Egli Barbara, Pedinelli Stotz Daniela, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Bärtschi Annik Gubler Matthias Lehni Laura Mäder Renate Racine Raphael Reimers Markus Weibel Raphael  GR:
Protokoll	Schlumpf Sarah

## Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2020	539
2.	Regionalkommission	539
3.	Sitzungstermine 2021	541
4.	Verwaltungsbericht 2018 / 2019	542
5.	Aarebad, Sanierung Leitungssystem für Badewasser; Bauabrechnung	545
6.	Motion Klopstein (Grüne) / Messerli (forum): Mit Publibike den Veloverkehr fördern	546
7.	Motion 2 Klima und Biodiversität: Masterplan Smarte Aussenbeleuchtung	549
8.	Zwischenbericht Postulat Fraktion FDP; Erarbeitung eines Systems zum quantitativen Vergleich von Leistungen der Gemeinde Muri bei Bern mit denen anderer Gemeinden der Agglomeration Bern (Benchmarking)	551
9.	Zwischenbericht Postulat forum betr. Aufwertung der Asylunterkünfte Egghölzli / Moosstrasse	551
10.	Zwischenbericht Postulat Laura Lehni (Grüne); Hindernisfreie RBS-Station	553
11.	Postulat Brunner / Schmid (SP); "Einführung von «Deutsch vor dem Kindergarten» im Rahmen der Frühförderung – eine Chance für Kinder mit Deutschdefiziten"	554
12.	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	555
13.	Neue parlamentarische Vorstösse	555

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Sie zur 409. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ich begrüsse ebenfalls die Mitglieder des Gemeinderates sowie die Berichterstatter der Medien. Schliesslich begrüsse ich ganz herzlich Sarah Schlumpf. Sie wird künftig die Protokollführung unserer Sitzungen übernehmen. Herzlich willkommen bei uns im Rat. Auch heute bitte ich Euch die Abstandsvorschriften einzuhalten und am Ende der Sitzung gestaffelt die Turnhalle zu verlassen. Alle Anwesenden werden im Falle einer Covid-19 Ansteckung im Nachgang an diese Sitzung gebeten, dies umgehend der Gemeindeschreiberei mitzuteilen, damit allfällige Quarantänemassnahmen angeordnet werden können. Auch sämtliche Gäste wurden gebeten, ihre Kontaktdaten zu hinterlegen.

Weiter bitte ich Euch wiederum, die heute weissen Stimmkarten zu verwenden, damit es für die Stimmzähler etwas einfacher ist, die Stimmen auszuwerten.

Voten werden ausschliesslich über die beiden zur Verfügung gestellten Mikrofone gehalten. Dies aus dem Grund, damit es dann auch für das Protokoll gut hörbar ist und erfasst werden kann. Ich bitte Euch anschliessend, nach jedem Votum das Mikrofon mit den Desinfektionstüchern zu reinigen.

Vorstösse dürfen im Plenum in Zirkulation gegeben werden.

Auch heute verzichten wir auf ein anschliessendes Apéro.

Damit eröffne ich die eigentliche Sitzung. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig.

### **Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

#### **1. Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2020**

##### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

#### **2. Regionalkommission**

Für die Regionalkommission spricht Eva Schmid: Im Namen der Regionalkommission darf ich Euch das vorliegende Geschäft präsentieren. Vorbereitungen hierfür haben wir letztes Jahr getroffen. Trotz coronabedingt ausgefallenen GGR-Sitzungen ist heute ein guter Moment, um im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode über das Los unserer Regionalkommission zu befinden. Ich werde nicht im Detail wiederholen, was Ihr im Vortrag bereits lesen könnt. Gebe Euch aber, bevor ich zu der Begründung unseres Antrages komme, einen kurzen Überblick über die Entstehungsgeschichte, den Zweck unserer Regionalkommission und berichte auch noch kurz über das Wirken in den vergangenen Jahren 2017 bis 2019.

**Zur Entstehungsgeschichte:** Die «Überparteiliche Motion zur Schaffung einer parlamentarischen Regional- oder Agglomerationskommission», welche am 23. Oktober 2012 einstimmig als Postulat überwiesen worden ist, geht darauf zurück, dass überregionale Geschäfte im Rahmen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland kurz RKBM zunehmend wichtiger geworden sind. Um der Exekutivlastigkeit dieses Gremiums RKBM etwas entgegenzuhalten, haben die Motionäre mit der Schaffung der Regionalkommission ein parlamentarisches Organ ins Leben gerufen, das sich vertiefte Kenntnisse der Regionalproblematiken aneignet und sich regional vernetzt. Auch von «Radar», um aufkommende Fragestellungen zu erkennen, war im Motionstext die Rede. Um es vorwegzunehmen: Diese Zielsetzungen hat die Regionalkommission unseres Erachtens realisieren können.

Anfang 2013 wurden die Mitglieder für die Regionalkommission gewählt und im September darauf das Postulat vom GGR als erledigt abgeschrieben.

Seither – damit komme ich zum Zweck der Kommission – informiert sich die Regionalkommission über die anstehenden RKBM-Geschäfte, nimmt an regionalen Vernetzungsanlässen teil und arbeitet in regionalen Gremien mit. Auch ist sie die zuständige Kommission, um sich mit Geschäften von regionalem Charakter zu befassen (Stichwort: Stadttheater). Anstatt «Radar», kann man es auch – wie es Kommissionskollege Beat Schmitter jeweils so schön sagt – «KKK» («in Krisen Köpfe kennen») nennen. Die Vernetzung unter Legislativmitgliedern, den Austausch über Herausforderungen und aktuelle Themen in den Agglo-Gemeinden erachten wir nämlich als wertvoll.

Im November 2016 wurde dem GGR letztmals über die Tätigkeiten der Regionalkommission Bericht erstattet und ihr Status als nicht-ständige Kommission verlängert sowie die Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums auf den Jahresrhythmus festgelegt.

**Zur Berichterstattung:** Ihr könnt auf den Seiten 2 - 3 des Vortrags die wichtigsten Aktivitäten der Regionalkommission in den Jahren 2017 - 2019 nachlesen.

Doch bevor ich weiterberichte, möchte ich DANKE sagen: unserem Gemeindepräsidenten, Thomas Hanke. Er ist übrigens aktuell Präsident der RKBM, wovon nicht nur unsere Kommission profitiert; auch für unsere Gemeinde ist dies von Vorteil und von Bedeutung. An dieser Stelle: Im Namen der Regionalkommission einen herzlichen Dank für dein Engagement, die offene und gute Zusammenarbeit! Auch Karin Pulfer, die unsere Kommission kompetent betreut und begleitet und immer für unsere Anliegen offen ist, darf ich namens der Kommission herzlich danken. Vielen Dank!

Standard-Traktanden an unseren Sitzungen sind jeweils die Geschäfte der RKBM, welche uns der Gemeindepräsident vorstellt. Eine weitere Tätigkeit ist eben jene der Vernetzung und die Teilnahme an Anlässen, die sich regionalen Themen widmen. Jetzt möchte ich noch ein Gremium, in dem Regionalkommissionsmitglieder mitwirken, besonders hervorheben: die Resonanzgruppe Kernregion Bern. Dieses Gremium geht auf das im Mai 2016 überwiesene Postulat «Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen» zurück: ein Vorstoss, der auch in den anderen Agglo-Gemeinden überwiesen wurde, und eben Ausfluss der regionalen Vernetzung, auch auf Legislativen-Ebene, ist. Diese Resonanzgruppe – zusammengesetzt aus Vertretungen der Legislativen und der Exekutiven (für Muri-Gümligen sind dies nebst dem Gemeindepräsidenten Kommissionskollege Beat Schmitter und ich) – hat in den Berichtsjahren eine Pilotphase durchlaufen. Da zwar ein parlamentarischer Auftrag besteht, aber das Gefäss offiziell keine Befugnisse hat, wurde es abwechslungsweise vom sog. Boccia-Club (so nennt sich das informelle Zusammentreffen aller Gemeindepräsidenten der Region) und von der Agglomerationskommission des Berner Stadtrats organisiert. Es wurden Themen der interkommunalen Zusammenarbeit diskutiert, angefangen beim Smart-City-Ansatz bis hin zum Zukunftsfestival und der sozialen Innovation.

Schliesslich wurde nach einer Abstimmung das Thema soziale Innovation weiterverfolgt und – begleitet durch eine Arbeitsgruppe – eine Studienarbeit zu ebendiesem Thema an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Auftrag gegeben; diese Arbeit liegt inzwischen vor. Die geplante Präsentation musste allerdings coronabedingt verschoben werden. Diese Arbeit enthält ferner mit einem digitalen Datenraster ein Instrument, um weitere soziale Innovationsprojekte in der Region zu erfassen und nach Kriterien wie Anspruchsgruppen, Anbieter usw. zu kategorisieren. Dies könnte die Basis sein, um später eine digitale Plattform für unsere Region daraus zu machen. Dies einfach eine Idee aus der Resonanzgruppe.

Aktuell führen wir seitens der Legislativen die Diskussion über die Lancierung eines eigenen legislativen Gefässes (analog zum Boccia-Club) in Ergänzung der Resonanzgruppe. Beat Schmitter und ich haben dort – dies darf ich ohne Eigenlob erwähnen – massgeblich an einer Satzung mitgearbeitet. Und ich glaube in unserem Namen sagen zu dürfen: Wir stehen der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Legislativen offen gegenüber. Mehr gibt es – wiederum coronabedingt – zu diesem Thema aktuell nicht zu berichten.

Ich komme zu unserem Antrag und warum wir denken, dass es die Regionalkommission weiterhin braucht: Kurzum: Wir erachten die Beratung der RKBM-Geschäfte, die Vernetzung und die Mitarbeit in regionalen Gremien für wertvoll. Damit wir unsere Arbeit im bisherigen Rahmen fortführen können, ist in erster Linie die Fortführung als nicht-ständige parlamentarische Kommission gem. Art. 17 GO erforderlich. Zudem machen wir Euch beliebt, unsere Kommission im Rahmen der nächsten GO-Revision als ständige parlamentarische Kommission zu verankern, bzw. dies zu prüfen. Last but not least soll der Rhythmus der Präsidiums- und Vizepräsidiumswahl beibehalten werden, also die Wahl jährlich durch den GGR vorgenommen werden.

Im Namen der Regionalkommission bitte ich Euch, unserem Antrag in allen drei Punkten zuzustimmen. Vielen Dank.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Reto Lauper (SVP): Wir stehen der Region als vierte politische Ebene ohne direkt gewählte Vertretung bekanntlich skeptisch gegenüber. Fakt ist aber, aktuell gibt es dieses Konstrukt und solange das so ist, braucht es auch eine entsprechende Kommission bei uns, die das begleitet und die Schnittstelle zu diesem Gremium hier bildet. Wir stimmen deshalb dem Antrag der Regionalkommission zu.

*Keine weiteren Wortmeldungen. Eva Schmid (Regionalkommission) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.*

#### Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Die Regionalkommission wird ab der Legislaturperiode 2021 als nichtständige Kommission gemäss Art. 17 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats fortgeführt.
2. Im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung / der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats ist die Umwandlung der Regionalkommission in eine ständige parlamentarische Kommission zu prüfen.
3. Das Präsidium und das Vizepräsidium werden jährlich durch den Grossen Gemeinderat gewählt.

### **3. Sitzungstermine 2021**

Die Vorsitzende: Die Gemeindeschreiberei hat einen Vorschlag für die Sitzungstermine 2021 ausgearbeitet. Dieser Vorschlag wurde mit dem Sitzungsrhythmus des Gemeinderats abgestimmt und unter Berücksichtigung der Schulferien und Feiertage erstellt.

#### Beschluss

Die Sitzungen werden wie folgt festgelegt:

Dienstag, 19.30 Uhr

19. Januar	22. Juni
16. Februar	24. August
23. März	21. September
27. April	19. Oktober
18. Mai	23. November

#### 4. **Verwaltungsbericht 2018 / 2019 der Gemeinde Muri bei Bern**

Für die GPK spricht Emanuel Zloczower: Im Namen der GPK und der Fraktionen darf ich den Verwaltungsbericht hier recht herzlich verdanken. Einmal mehr haben die Verwaltung und der Gemeinderat verstanden, übersichtlich darzustellen, was in unserer Gemeinde gemacht, unternommen und beschlossen wird. Dem Bericht kann beispielsweise entnommen werden, dass mit der Eröffnung des Cinedome und der Mobiliar-Arena nun die Gemeinde auch im Freizeitbereich immer attraktiver wird. Aber selbstverständlich sind auch die Verwaltungstätigkeiten erwähnt worden, die politischen Errungenschaften, wo auch wir Teil davon sind, und es ist informativ und anschaulich dargestellt worden. Die GPK hat dieses Geschäft besprochen, verdankt recht herzlich den Bericht und bittet den GGR dem Beschluss des Gemeinderates zu folgen.

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Es war letztes Jahr eine aussergewöhnliche personelle Situation, namentlich in der Gemeindeschreiberei, welche verhindert hat, dass wir den Jahresbericht rechtzeitig auflegen konnten. Somit haben wir gegen das Jahresende beschlossen, dass wir nicht noch mit der letzten Sitzung im vergangenen Jahr den Jahresbericht vorlegen, sondern dass wir einen umfangreicheren Jahresbericht machen. Er ist wirklich umfangreich ausgefallen. Und wie üblich, Transferregeln sind nicht beachtet worden. Nicht intern bei uns, sondern im Zusammenspiel mit externen Personen, welche uns geholfen haben, deshalb sind zwei Transferfehler enthalten. Wir haben Euch heute bei den Kommissionszusammensetzungen Zusatzblätter abgegeben, online sind die Fehler korrigiert.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Zur Detailberatung wird der Verwaltungsbericht in einzelne Abschnitte aufgeteilt. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Joe Brunner (SP): Der Verwaltungsbericht gibt einen vielfältigen Einblick in das aktuelle politische und verwaltungstechnische Leben unserer Gemeinde. Vielen Dank den Autorinnen und Autoren für die gut lesbaren und informativen Texte, Tabellen und Bilder. Die kritische Lektüre gibt Anlass für einige Bemerkungen: Vorab zwei formale Inputs: Wir gehen davon aus, dass die Gemeindeverwaltung ihre Publikationen – auch aus ökologischen Gründen – künftig vermehrt digital zugänglich machen möchte. Erfahrungsgemäss stellt die Mehrheit der Leserschaft vor allem dann freiwillig von print auf digital um, wenn es praktische Vorteile bietet. Mit einem geringen technischen Aufwand liesse sich die «Usability» des Verwaltungsberichts-PDF verbessern – nämlich durch Erstellen von Lesezeichen und Verlinkung des Inhaltsverzeichnisses. So müsste der Bericht nicht mehr lange durchgescrollt oder immer wieder zum Inhaltsverzeichnis zurückgesprungen werden, um zum gewünschten Kapitel zu gelangen. Wünschenswert wäre auch, wenn alle Verwaltungsberichte auf der Webseite in einem Archiv gefunden werden könnten. Aktuell sind sie unseres Wissens nur über die Parlamentstraktanden zugänglich. Ab 2014 zurück ist leider nur der Antrag des Gemeinderats ohne Beilage des Verwaltungsberichts aufgeschaltet. Zum Inhalt: Wir würden es begrüssen, wenn in den nächsten Verwaltungsberichten ein Editorial des Chefs der Verwaltung zu lesen wäre. Es könnte auf die Höhepunkte der Berichtsperiode hingewiesen werden, darüber informiert werden, was Interessantes in der Pipeline steckt, und es wäre ein geeigneter Ort, als

Gemeindepräsident seiner Verwaltung zu danken. Wir danken allen Leuten in der Verwaltung für ihre kompetente und engagierte Arbeit und besonders auch für die stete Freundlichkeit, mit der sie unsere Bevölkerung bedient.

Als Mitglieder des GGR können wir die Gelegenheit wahrnehmen, einen weiteren Dank auszusprechen und das machen wir gerne: Lieber Gemeindepräsident, herzlichen Dank für dein grosses Engagement, die Bereitschaft, allen zuzuhören, die etwas von dir wollen und die Geduld, auch bei eher heftigen Ansprüchen, in einer des Amtes würdigen Nachsicht zu reagieren.

Die Publikation ist betitelt mit «Verwaltungsbericht 2018 / 19». Beim ersten Beitrag reibt man sich verwundert die Augen. Man fragt sich, ob der Cinedome eine neue Verwaltungseinheit sei und deshalb an erster Stelle im Verwaltungsbericht kommt. Nichts mit der Verwaltung zu tun hat auch der zweite Beitrag, die Ballsporthalle. Dass sie erwähnt wird, ist immerhin verständlicher, weil Muri-Gümligen eine enge, langjährige Beziehung und Liebe zum Handball pflegt und hier der Jugendsport einen neuen Ansporn erhält. Man kann es auch anders sagen: Die Publikation enthält mehr als nur den Bericht über die Verwaltung und das müsste im Titel deutlich gemacht werden.

Vermisst haben wir umfassende Angaben zum Anteil an Frauen und Männern in der Verwaltung sowie zur entsprechenden Verteilung der Teilzeitstellen. Zwar gehen wir grundsätzlich davon aus, dass der Gemeinderat dem gesetzlichen Gleichstellungsauftrag eine hohe Bedeutung zumisst und ihm nachkommt. Mit Blick auf das am 01. Juli 2020 in Kraft getretene revidierte Gleichstellungsgesetz sind wir ohnehin gespannt, im nächsten Verwaltungsbericht auch etwas über die durchzuführende und von unabhängiger Stelle zu überprüfende Lohngleichheitsanalyse zu lesen.

Wir postulieren, dass in künftigen Verwaltungsberichten die Initiativen genannt werden. Die Gemeindeinitiative «Bezahlbares Wohnen in Muri-Gümligen» wurde im Oktober 2019 mit 956 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie wird aber im Verwaltungsbericht nicht erwähnt.

Mit dem Kapitel Steuersenkung können wir als SP nicht viel anfangen. Schon in der ersten Zeile wird vom reichen Muri geschrieben. Uns wäre viel lieber, man könnte in einem Kapitel zu den Steuern schreiben, dass dank eines Verzichts auf eine Steuersenkung die Lebensqualität unserer Bevölkerung substantiell gesteigert wurde, z.B. bezüglich Bildungsangebote und Ausbau des Langsamverkehrs, dass mit verschiedenen Massnahmen die Integration und der gesellschaftliche Zusammenhalt der Gemeinde verstärkt wurden und neue Spiel- und Aufenthaltsorte für Jung und Alt in parkähnlichen Anlagen gestaltet wurden. Ich verzichte auf die Nennung weiterer Projekte, die uns wichtig sind, um einen höheren Standard als sozial und ökologisch ausgerichtete Gemeinde zu erreichen und uns auch als Gemeinde zu profilieren, die nicht nur bezüglich der schulischen Bildung, sondern auch der vorschulischen Bildung eine sehr hohe Qualität ausweist.

Steckt in solchen Perspektiven nicht viel mehr Liebreiz für unsere Gemeinde als in der kalten Etikette «das reiche Muri»?

Die Vorsitzende: Wir kommen zur Detailberatung und zu weiteren Wortmeldungen, die Ihr bitte an der entsprechenden Stelle angeben wollt.

Wir beginnen mit dem Durchgehen des Verwaltungsberichts:

## **Teil 1, Highlights im Gemeindejahr (2018 und 2019)**

Cinedome und Mobiliar-Arena, Seite 5 - 6

ICT Gesamtkonzept, Seite 7

Füllerichstrasse 55/57, Seite 8

Alterszentrum Alenia, Seite 9

Fachstelle für Altersfragen, Seite 10

Lischenmoos, Seite 11

Gemeindebetriebe, Seite 12

Steuersenkung, Seite 13

Gemeindeliegenschaften, Seite 14

Kunst zum Anfassen, Seite 15

Neuzuzüger-Anlass, Seite 16

## **Teil 2, Ressortberichte**

Organigramm der Einwohnergemeinde Muri bei Bern, Seite 18

Präsidiales, Finanzen, Planung, Region, Seite 19 - 28

Bau, Seite 29 -32

Sicherheit, Verkehr, Seite 33 - 41

Bildung, Seite 42 - 47

Jugend, Kultur, Sport, Seite 48 - 57

Gesundheit, Soziales, Seite 58 - 65

Umweltschutz, Energie, Seite 66 - 74

## **Teil 3, Gemeinde und Politik**

Abstimmungen, Seite 75 - 77

Grosser Gemeinderat, Seite 78 - 93

Gemeinderat, Seite 94 - 99

Kommissionen, Ausschüsse, Anstalten + Stiftungen, Seite 100 - 102

*Keine Wortmeldungen. Weder Emanuel Zloczower (GPK) noch Thomas Hanke (GR) wünschen ein Schlusswort. Kein Rückkommen.*

### **Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)**

1. Der Verwaltungsbericht 2018 / 2019 der Gemeinde Muri bei Bern wird genehmigt.
2. Die auf Seite 90 ff aufgeführten Motionen und Postulate (Kapitel: *Als erfüllt abzuschreibende Parlamentarische Vorstösse*) werden gestützt auf Art. 35 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats als erfüllt abgeschrieben.

**5. Aarebad, Sanierung Leitungssystem für Badewasser; Abrechnung Verpflichtungskredit**

*Die GPK hat keinen Sprecher bestimmt. Barbara Künzi verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf eine Wortmeldung.*

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

Fraktionserklärungen

Ronald Buff (FDP): Als Techniker HF, Ausführung Hochbau, darf ich hier für die FDP-Fraktion die Fraktionserklärung vortragen. Unser wunderschönes Aarebad kommt langsam in die Jahre. Damit das schönste Flussbad Europas auch weiterhin dieses bleibt, sind Sanierungsarbeiten nötig. An erster Front stehen hier die verschiedenen Zu- und Ableitungen, welche von einem Schwimmbad zwingend benötigt werden. Durch die gute Planung, Baubegleitung, gut ausführende Betriebe und sicherlich etwas Glück, können wir die Sanierungsphase mit einer klaren Kreditunterschreitung abschliessen. Dafür bedankt sich die FDP bei allen Beteiligten, welche zu diesem guten Resultat beigetragen haben. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass ein Freibad für eine Gemeinde immer ein Luxus sein wird, welcher immer Kosten generiert. Rentabel kann dies kaum geführt werden. Somit fehlen auch die Rückstellungen für Unterhalts- und Sanierungsarbeiten, welche somit komplett von der Gemeinde getragen werden müssen. Das Muribad ist natürlich ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für unsere Gemeinde und unsere Einwohner. So können wir alle von einem Freibad in unserer Nähe profitieren und können die sozialen Kontakte pflegen. Wie erwähnt, diese Sanierungsetappe ist abgeschlossen. Unser Freibad wird aber in den nächsten Jahren weitere Sanierungen und Erneuerungen benötigen. Das dürfen wir nicht vergessen und auch nicht ausser Acht lassen. Also vergessen wir dann auch nicht, dass wir dieses Mal eine Kreditunterschreitung geniessen können. Beim nächsten Mal könnte es sein, dass wir einen Nachtragskredit oder zumindest einen Kreditüberschuss bewilligen müssen. Wir freuen uns, dass wir das Leitungssystem sanieren konnten und weitere schöne Stunden in unserem Aarebad verbringen dürfen und hoffen, dass die nächste Sanierung auch so positiv abläuft. Somit folgt die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates und genehmigt den Antrag der Kreditabrechnung für die Sanierung des Leitungssystems für das Badewasser im Aarebad.

*Keine weiteren Wortmeldungen. Barbara Künzi verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.*

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Kreditabrechnung für die Sanierung des Leitungssystems für das Badewasser im Aarebad wird genehmigt. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 730'000.00 schliesst die Sanierung mit Kosten von CHF 603'638.40 ab (Kreditunterschreitung von CHF 126'361.60).

**6. Motion Klopffstein (Grüne), Messerli (forum) betr. "Mit Publibike den Veloverkehr fördern"**

Für den Gemeinderat spricht Markus Bärtschi: Dieses Geschäft hat eine längere Vorgeschichte als aus dem Vortrag hervorgeht. Wir haben frühzeitig Verhandlungen mit Publibike aufgenommen, haben diese aber danach abgebrochen, nachdem die fertig verhandelte Offerte zurückgezogen wurde. Nach dieser Offerte wären die beiden Stationen in Muri und in Gümligen ohne Betriebskostenbeitrag von der Gemeinde eingerichtet worden. Damit der Rat bei diesem Geschäft nicht die Katze im Sack kaufen muss, sind wir nun einen Schritt weiter gegangen und haben die Vertragsverhandlungen mit Publibike abgeschlossen. Das Ergebnis ist der Leistungsvertrag, welcher unterschriftsreif vorliegt. Überweist der Rat die Motion, so wird der Gemeinderat diesen Vertrag abschliessen. Er läuft bis Ende 2023 und sieht für den Betrieb der noch immer gleichen Standorte «Bahnhof Gümligen» und «Gemeindehaus Muri» einen jährlichen Fixkostenbeitrag von rund CHF 19'000.00 vor. Er ist an den Vertrag zwischen Publibike und der Stadt Bern gekoppelt, welcher die gleiche Laufzeit hat. Falls Publibike das Angebot in der Stadt nach dieser Zeit weiterführen wird, müssten wir, die Gemeinde Muri, über die Konditionen einer Fortsetzung neu verhandeln. Ziffer 1 der Motion ist hiermit erfüllt. Der GGR kann direkt, oder indirekt, über den Abschluss des Vertrages befinden. Zu Ziffer 2 der Motion – dem Netzausbau und Einbezug von privaten Partnern – ist zu sagen, dass Publibike nebst dem öffentlichen Angebot auch Firmenkunden sucht, welche im Rahmen ihrer Mobilitätskonzepte Abonnemente für ihre Mitarbeiter abschliessen, was gegebenenfalls auch zur Platzierung einer entsprechenden Station führt, welche wieder für alle Kunden zugänglich ist. Die Gemeinde unterstützt diesen Prozess auch in Zukunft. Es ist aber eine andere Schiene, als der Ausbau des öffentlichen Netzes im Rahmen der Grundversorgung. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dem GGR die Überweisung der Motion und hiermit den Abschluss des ausgehandelten Leistungsvertrages zu beantragen. Für die Laufzeit des Vertrages bis Ende 2023 wird kein anderes Angebot eine ähnliche Wirkung in Fläche und Breite erzielen. Durch den forcierten Netzausbau in der Agglomeration ist es Publibike gelungen, den eigenen Anspruch zu erfüllen und zu einer wertvollen Ergänzung des öffentlichen Verkehrs geworden zu sein. Mit dem erreichten Verhandlungsergebnis, welches im Gegensatz zu den ersten Angeboten die Kosten, welche die Gemeinde zu tragen hat, auf einem akzeptablen Niveau verbindlich definiert, kann der Anschluss an das System von Publibike verantwortet werden. Man muss sich bewusst sein, dass dies ein volatiler Markt ist und es Unsicherheiten gibt. Die im Vortrag erwähnte Firma BOND hat ihre Konzession bereits zurückgegeben. Sie setzt im Raum Bern aktuell auf Firmenflotten und Dauervermietungen und verzichtet auf das öffentliche Freefloating-Angebot. Auch die Zukunft von Publibike wird sich weisen. Letztendlich entscheiden die Benutzerfrequenzen über das Schicksal dieser Mobilitätsform.

Carole Klopffstein (Grüne): Dies wird gleichzeitig unser Fraktionsvotum sein. Wir danken ganz herzlich dem Gemeinderat für die wohlwollende Prüfung unseres Anliegens. Nach dem Rückzug des Verleihsystems BOND wird schnell klar: Aufgrund der Entscheidung der Stadt Bern, im Wesentlichen auf das Sharing-Angebot von Publibike zu setzen, sind wir hier von einer gewissen Pfadabhängigkeit betroffen. Ziel sollte schlussendlich ja sein, dass möglichst alle Gemeinden im Ballungsraum Bern an ein entsprechendes System angebunden sind, so ist deren Nutzung auch am attraktivsten. Wir verstehen, dass die Ausgangslage für BOND nicht optimal war, ich würde sagen, wir sprechen hier von einem Wettbewerbsnachteil, da Publibike bereits etabliert war und eine gewisse Schützenhilfe erhielt. Wir sind aber auch der Meinung, dass sich die Situation jederzeit verändern kann, und es ist gut möglich, dass sich in Zukunft mehr Anbieter im Raum Bern behaupten können. Dass selbsttragend nicht immer auch gute Qualität bedeutet, habe ich mit dem Mobike-System in Italien erfahren. Vielleicht kennen dies einige. Dies übernimmt vor

allem in grossen Städten Italiens diese Dienstleistung. Diese App hat aber bereits von Beginn weg nicht mit meinem Smartphone funktioniert und die Fahrräder waren in einem teilweise desolaten Zustand und oftmals in Gebüsch oder an Strassenrändern statt auf Veloparkplätzen zu finden. Ich denke, hier ist wirklich auch die Frage, welche Qualität man erreichen will am Schluss eines solchen Systems. In Bezug auf Mobike bin ich nicht die Einzige, welche diese Erfahrung gemacht hat. Bei Publibike kann von einem bewährten System gesprochen werden, welches diese Kinderkrankheiten zwar schon noch hat, aber nicht in diesem Ausmass, wie ich es in Italien erlebt habe. Wir freuen uns sehr darüber, dass wir damit in Zukunft bis in unsere Gemeinde fahren können. Wir begrüßen daher, dass die Gemeinde die Verhandlungen mit Publibike nochmal aufgenommen hat. Ich denke, hier müssen wir auch einsehen, dass dies definitiv nötig war, dass man ein zweites Mal Verhandlungen führte. In diesem Sinne möchten wir auch anerkennen, dass die erneute Diskussion wohl nötig war, um die Partnerschaft finanziell auf ein für beide Seiten passendes Niveau zu holen. Wir unterstützen die Unterzeichnung des Vertrages voll und ganz und sprechen uns für die beiden Anträge des Gemeinderats aus. Wir möchten noch einmal ganz herzlich für die wohlwollende Prüfung danken.

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Jennifer Herren (SVP): Die SVP-Fraktion steht dem Traktandum Publibike kritisch gegenüber. Grundsätzlich ist das Konzept geteilter Velos eine gute Sache und die Konditionen des Vertrages sind vom Gemeinderat den Umständen entsprechend gut ausgehandelt worden. Gleichzeitig sind wir der Auffassung, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, der Öffentlichkeit Velos zur Verfügung zu stellen. Genauso wie sicher jeder in diesem Raum der Auffassung sein wird, dass es nicht Staatsaufgabe ist, den Bürgerinnen und Bürgern, teilweise auf Staatskosten, Autos zur Verfügung zu stellen. Es ist unserer Meinung nach falsch, dass ein Steuerzahler, auch wenn es nur wenig ist, in diesem Fall etwas dafür zahlt, dass andere Velos ausleihen können. Die SVP-Fraktion wird den Antrag des Gemeinderates auf Überweisung der Motion mit gleichzeitiger Abschreibung deshalb grösstenteils ablehnen.

Daniel Arn (FDP): Wir unterstützen den vorliegenden Antrag des Gemeinderates. Ich schliesse mich aber zum Teil meiner Vorrednerin an. Grundsätzlich finden wir es auch etwas speziell, dass so etwas finanziert werden muss. Doch wir sind der Überzeugung, dass dies eine Anschubfinanzierung sein soll, dass man diese CHF 50'000.00 für drei Jahre investiert. Unser Anspruch ist aber, dass nachher die Kosten selbsttragend sind. Falls es danach nicht selbsttragend ist, würden wir es in einer zweiten Etappe nicht mehr unterstützen. Wir werden dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen.

Eva Schmid (SP): Die SP ist erfreut, dass der Gemeinderat gewillt ist, Publibike-Stationen am Bahnhof Gümligen und beim Gemeindehaus in Muri zu realisieren. Die rund CHF 17'000.00 pro Jahr erscheinen uns angesichts dieses ökologischen Impacts eine sehr sinnvolle und gute, und vor allem günstige Investition. Günstig: Das ist sicherlich auch den geschickt geführten Verhandlungen zu verdanken. Auch die Anbindung an den Hauptvertrag von «Velo Bern» mit der Stadt Bern halten wir für eine absolut sinnvolle Synergie. Schliesslich soll das Netz grösser werden. Die Vermittlung von weiteren Partnern für zusätzliche Standorte ist bereits im Gang. Auch das finden wir positiv. Ich muss zugeben, dass wir die Sichtweise des Vorredners in gewisser Hinsicht

teilen: Auch wir haben selbstverständlich das Gefühl, dass es auch im Interesse privater Anbieter ist, hier weiter Gas zu geben. Der Markt ist volatil und offenbar sehr kompetitiv, sodass neue Angebote plötzlich wieder vom Tisch sind. Publibike scheint sehr konsistent und nachhaltig zu sein. Dies ist sicher eine gute Investition. Wir werden zustimmen.

Urs Grütter (SVP): Es ist einfach keine Staatsaufgabe. Hand aufs Herz, wer ist schon einmal auf solch einem Blei-Esel gesessen? Ich selber schon, aber es macht jetzt wirklich noch weniger Spass als ein Militärvelo. Es ist auch technisch bedingt. Solche Velos, welche jedermann nehmen und wieder gehen lassen kann, müssen einfach schwer und solide sein. Hier sprechen wir nicht von 18 Speichen, sondern 32 oder 36 Speichen – auch nicht 1,2 mm Titan, sondern 2,5 mm Stahl. Am Schluss habt ihr irgendeinen Bomber von 20 kg und mehr. Wer fährt noch mit so einem Velo umher, welcher bereits einmal auf einem richtigen Velo gesessen ist? Und dies ist wahrscheinlich bei jedem von Euch der Fall, welcher daheim einen Carbon-Renner hat, welcher 7 kg und nicht 20 kg und mehr wiegt. Ich sehe nicht, dass dies funktioniert, da Leute, welche Velo fahren und bereit sind Velo zu fahren, sich Besseres gewöhnt sind als ein solcher Blei-Esel. Die Anbieter sind bereits wieder dabei, sich aus diesem Verlustgeschäft zurückzuziehen. Zürich hat einen grossen Anbieter verloren nach einer Probephase und irgendwie sieht es für mich nun so aus, dass wir hier diese Fehler, welche andere machen, auch noch einmal durchleben müssen. Ganz nach dem Moto: «I never make a mistake twice. I always make three or four times, just to be sure.» Ich bin der Meinung, hier Steuergelder zu investieren, in ein Geschäft, in welchem der Misserfolg absehbar ist und andere Städte bereits Misserfolge gemacht haben, brauchen wir nicht auch noch zu tun.

Schlusswort von Markus Bärtschi (GR): Nur ganz kurz, wir haben eine falsche Zahl gehört, welche ich gerne richtigstellen möchte. Die Kosten sind, wie geschrieben und von mir gesagt, CHF 17'700.00 exkl. MWST. Zum anderen, die geschickten Verhandlungen – damit kein falscher Eindruck entsteht – habe nicht ich geführt, sondern unser Leiter Umwelt und Verkehr, Thomas Marti.

Carole Klopstein (Grüne) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Die Vorsitzende: Da die SVP geäussert hat, dass sie dem Antrag des Gemeinderates nicht folgen wird, werde ich die Abstimmung in zwei Teile aufsplitten. Zuerst werden wir über die Überweisung abstimmen und anschliessend über die Abschreibung der Motion.

### Beschluss

1. Der Überweisung der Motion Klopstein (Grüne), Messerli (forum) betr. "Mit Publibike den Veloverkehr fördern" wird mit 27 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung zugestimmt.
2. Der Abschreibung der Motion wird mit 33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen zugestimmt.

**7. Motion 2 betr. "Klima und Biodiversität: Masterplan Smarte Aussenbeleuchtung"**

Für den Gemeinderat spricht Markus Bärtschi: Der schriftlichen Stellungnahme könnt Ihr entnehmen, dass der Gemeinderat die Überweisung in Form des Postulats beantragt. Dies aus folgenden Gründen: Die Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED ist in vollem Gang. Der GGR hat dem Kauf der öffentlichen Beleuchtung, welche wir der BKW abgekauft haben, zugestimmt, und dies bedingt nun noch die Entflechtung bzw. den Aufbau eines eigenen Stromnetzes zur Versorgung dieser Lichtpunkte. Auch diese Arbeiten sind am Laufen. Bei jeder Strassenbaustelle – wir haben bekanntlich gerade mehrere als genug – werden die entsprechenden Arbeiten als Modul mitbeantragt. Bislang hat das Parlament diese auch immer ausführen lassen. Im Zug dieser Umstellungsarbeiten werden auch die Voraussetzungen für eine smarte Steuerung geschaffen. Wobei der erste Schritt dazu in der zeitgesteuerten Dimmung der Leuchtstärke liegt. Diese ist bereits für mehr als 60% unserer Strassenlampen Realität, Tendenz weiter steigend. Für den zweiten Schritt – die aktivitätsgesteuerte Beleuchtung durch Bewegungsmelder – beobachten wir den Markt. Die aktuell erhältlichen Systeme genügen den Anforderungen an Zuverlässigkeit, aber auch an Wartungsaufwand und Wirtschaftlichkeit, noch nicht. Diese Lampen, welche am gemeindeeigenen Stromnetz angeschlossen sind und auf LED umgerüstet sind, sind für diesen Ausbauschritt vorbereitet. Wir werden diesen vollziehen, sobald der entsprechende Stand der Technik erreicht ist. Thematik Lichtverschmutzung und Stromkosteneinsparung ist in allen betroffenen Abteilungen der Gemeinde sehr präsent. Die Strassenbeleuchtung ist hier nur ein Aspekt, wenn auch ein wichtiger. Auch im Bereich der Baupolizei und des Umweltschutzes genießt dieses Thema eine hohe Aufmerksamkeit. Die Strassenbeleuchtung, die Beleuchtung der gemeindeeigenen Liegenschaften und die privaten Aussenbeleuchtungen werden sinnvollerweise nicht von der gleichen Stelle verwaltet. Die besten Fortschritte erreichen wir, wenn wir auf eine Überstülpung auf eine Koordinations-ebene in Form eines Masterplanes verzichten. Für jeden Bereich liegen konkrete Absichten vor, wie das weitere Vorgehen im Sinn des Vorstosses gestaltet wird. Der Gemeinderat beantragt aus diesen Gründen die Überweisung in Form eines Postulats, damit dieses wichtige Anliegen optimal weiterverfolgt werden kann.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Die forum-Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats zu, ich mache hier auch gleichzeitig die Fraktionserklärung. Wir sind überzeugt, dass dieses wichtige Thema Lichtverschmutzung in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig präsent ist. Da ist noch viel zu tun. Umso mehr freut es uns, dass dies in der Gemeindeverwaltung bereits auf dem Radarschirm ist und auf verschiedenen Ebenen bearbeitet wird. Wir sind auch der Meinung, dass die Auswirkungen von diesem immer grösseren nächtlichen Hell auf Pflanzen, Lebewesen und auch auf den Menschen noch nicht ausreichend erforscht ist. Wir gehen davon aus, dass hier zusätzliche Erkenntnisse im Verlaufe der Jahre hinzukommen werden. Vielleicht wird es einmal so sein, in nicht allzu ferner Zukunft, dass wir das Nachtdunkel als erstrebenswerten Luxus betrachten, welcher einen wichtigen Beitrag leisten kann für unsere Lebensqualität. So oder so freuen wir uns darauf, zu diesem wichtigen Thema weitere Fakten zusammenzutragen. Wir verzichten hier auf eine ausführliche Stellungnahme zu den Ausführungen des Gemeinderates und würden stattdessen einen vertieften thematischen Austausch mit der Gemeindeverwaltung in Angriff nehmen, sobald wir auf unserer Seite unsere Hausaufgaben gemacht haben. Herzlichen Dank an alle, welche sich um dieses wichtige Thema kümmern. Im Namen der Glühwürmchen und der forum-Fraktion.

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

### Fraktionserklärungen

Carole Klopstein (Grüne): Für die Grünen sind die Themen Lichtverschmutzung und Schutz der Biodiversität Kernanliegen. Für uns ist auch klar, dass hier noch mehr investiert werden muss, denn wir kämpfen nach wie vor mit einem massiven Verlust der Biodiversität, insbesondere der Fauna wie z.B. die jährlichen Berichte von Birdlife zeigen.

Die Unterteilung der Beantwortung der Motion in 3 Teile ist für uns passend, wobei wir die Antwort zu Teil 2 sehr begrüßen. Wir interpretieren die Antwort auf den ersten Teil so, dass der Gemeinderat kein spezielles Verbesserungspotential ausfindig machen kann. Das ist insofern verständlich, als dass gerade bei Kantonsstrassen klare Vorgaben herrschen, wann und wie eine Strasse zu beleuchten ist. Nichts desto trotz können wir uns vorstellen, dass es hier noch mehr Optimierungspotential gäbe. Ich bin selber betroffen von einer sehr hellen Strassenlampe und brauche in der Nacht das Wohnzimmerlicht nicht einzuschalten, so hell ist diese. Ich frage mich immer wieder, wieso diese in alle Richtungen ableuchten muss und nicht besser abgeschirmt oder kanalisiert werden kann. Wir sind der Meinung, dass hier noch mehr Abklärungen getroffen werden können, was ja aber der Überweisung als Postulat entspricht.

Die Antwort auf Teil 3 ist für uns unbefriedigend. Abgesehen von Regulierungen im Baugesetz gäbe es viele weitere Hebel und Mechanismen, wie man den sparsamen Einsatz von Leuchtkörpern der Bevölkerung näherbringen könnte. Auch hier erhoffen wir uns noch ein paar Vorschläge und Ideen durch die Überweisung als Postulat. Wir unterstützen den Antrag des GR, die Motion als Postulat zu überweisen und danken für die weiteren Prüfungen. Hier wäre es sicherlich sinnvoll, wenn noch der Austausch gesucht werden würde, wie es Gabriele Siegenthaler Muinde bereits angeboten hat, mit Vereinen und Verbänden, welche sich in diesem Themenfeld gut auskennen.

Dominique Ruta-Robert (SP): Wir danken den Verfasserinnen und Verfassern für die substantielle Motion. Sie liefert reichhaltige Informationen zu einem Missstand, der kaum bekannt ist, aber von hoher Bedeutung auch für uns Menschen. Mit der Zusammenstellung im Kasten – andere Gemeindegewesen machen es vor – hat der Gemeinderat eine wunderbare Vorlage für eigenes Handeln. Er muss nun all die Vorbilder zusammengenommen in unserer Gemeinde realisieren. So verschafft er uns einen wunderschönen Nachthimmel und eine reichhaltige Biosphäre. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Es bleibt noch viel zu tun. Jedoch nehmen wir anerkennend zur Kenntnis, dass der Gemeinderat das Problem erkannt hat, auch schon einiges in diese Richtung erreicht hat, und willens ist, weitere griffige Massnahmen zu realisieren. Wir freuen uns an diesem Versprechen und stimmen deshalb dem Antrag des Gemeinderates zu, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Urs Grütter (SVP): Ich kann es mir nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass ich genau dieses Anliegen vor genau zwei Jahren hier im Rat im Rahmen einer einfachen Anfrage angebracht habe und dass Markus Bärtschi dies genauso beantwortet hat, wie er hier nun die ganze Motion auch beantwortet hat. 2018 war kein Wahljahr und wir haben kein grosses «Tamtam» gemacht. Wir könnten noch etwas weiter gehen, wenn man dies nun wirklich ernst nimmt. Wir könnten auch sagen, die Gemeinde verteilt jedem Gemeindebürger eine LED-betriebene Stirnlampe und stellt ihre Beleuchtungen ab. Das Verteilen der Stirnlampen würde einmalig ungefähr so viele Kosten verursachen, wie der Betrieb unserer Strassenlampen. Dies nur, damit die Verhältnisse gesehen werden können.

Schlusswort von Markus Bärtschi (GR): Für mich ist schliesslich auch Wahlkampf. Für die Kantonsstrassen bin ich nicht zuständig. Aber ich möchte dennoch Carole

und allen, welche zugehört haben, den Hinweis geben, wer von einer Lampe einer Gemeindestrasse geblendet wird, darf sich bei der Bauverwaltung melden. Der Werkhof hat Mittel und ist willens im Rahmen des Möglichen bei der Abblendung Abhilfe zu schaffen. Ob dies beim Kanton auch möglich ist, kann ich nicht versprechen, doch man kann es auf jeden Fall versuchen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Postulat 2 "Klima und Biodiversität: Masterplan Smarte Aussenbeleuchtung" wird überwiesen.

**8. Zwischenbericht Postulat FDP-Fraktion Muri-Gümligen: Erarbeitung eines Systems zum quantitativen Vergleich von Leistungen der Gemeinde Muri bei Bern mit denen anderer Gemeinden der Agglomeration Bern (Benchmarking)**

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Als Erstunterzeichner spricht Beat Schmitter (FDP): Benchmarking ist ein wichtiges Tool für die Beurteilung der Effizienz jeder Organisation. Wir sind froh, dass der Gemeinderat sich dieser Sache angenommen hat und sich zusammen mit anderen Agglomerationsgemeinden konkret Gedanken zu der Einführung eines solchen Systems macht. Dass sie aufgrund von Covid-19-Prioritäten an verschiedenen Orten anders gestellt werden mussten, ist ärgerlich, aber verständlich. Man hatte keine andere Wahl. Wir danken dem Gemeinderat für die Bemühungen und sind gespannt, wie diese Resultate aussehen werden.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen. Keine weiteren Wortmeldungen. Das Schlusswort wird weder von Thomas Hanke (GR) noch von Beat Schmitter (FDP) verlangt. Kein Rückkommen.

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

**9. Postulat forum betr. Aufwertung der Asylunterkünfte Egghölzli / Moosstrasse; Abschreibung**

Barbara Künzi und Martin Häusermann verzichten auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Anne-Claude Slongo (forum): Dies ist gleichzeitig unsere Fraktionserklärung. Als ich die Antworten des Gemeinderates auf unser Postulat gelesen habe, fühlte ich mich in einer emotionalen Achterbahn: zum einen erleichtert, zum anderen sehr nachdenklich!

«Erleichtert» deshalb, weil der Gemeinderat endlich feststellt, in welchen menschenunwürdigen Baracken Migranten leben, welche uns vom Kanton zugewiesen werden. Der Gemeinderat stellt Rostschäden, Wassereinträge wegen undichten

Dächern, durchbrochene Böden, und regelmässige Reparaturarbeiten an fast allen Bauteilen in den Baracken fest. Leider kennen wir die Kosten dafür nicht. Schon vor 10 Jahren hat der Kirchgemeinderat versucht, auf diese Mängel aufmerksam zu machen. Heute stellen wir aus dem Bericht fest, dass das Geld nicht gefehlt hätte, um Menschen in Not bessere Wohnbedingungen anzubieten. Im Gegenteil, es wird eine «jährliche Überdeckung» festgestellt.

Meine Damen und Herren, das ist für mich sehr fragwürdig!

Ich bin «nachdenklich», weil wir CHF 25'000.00 Elektrokosten jährlich ausweisen und das für gefühlte 500 m<sup>2</sup> Wohnflächen. Sie alle kennen ihre eigenen Nebenkosten.

Wir sollten uns fragen: Nehmen wir das Energiestadt-Label wirklich ernst?

Wenn ich denke, dass wir mit den CHF 25'000.00 eine 25%-Stelle für Integrationsarbeit finanzieren könnten und das seit fast 25 Jahren: 25 Jahre mal CHF 25'000.00 gleich CHF 625'000.00, und jetzt ist das Geld einfach verpufft!

Meine Damen und Herren, ich habe grösste Bedenken, wenn ich an unsere anderen Liegenschaften denke: das Aebnitschulhaus, das Moosschulhaus, die Gemeindeverwaltung und und und. Ich stelle fest, dass wir im letzten Jahr den Steuerfuss gesenkt haben, bevor wir unsere Hausaufgaben gemacht haben.

Natürlich ist eine «minergiefähige Wohnanlage», wie es der Gemeinderat vorschlägt, das mindeste dem wir als forum zustimmen können. Eigentlich müsste der Gemeinderat uns auf Grund von diesem Desaster eine Energieplus-Wohnanlage vorschlagen. Die zukünftigen Wohnanlagen im Egghölzli und an der Moosstrasse würden also mehr Energie produzieren als sie tatsächlich verbrauchen. Die überschüssige Energie könnte so quasi als Kompensation für die verlorengegangene Energie zurückgegeben werden.

Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort auf unser Postulat. Wir stellen fest, dass der Gemeinderat nun seine Versäumnisse aufarbeiten will. Es geht um Menschenwürde, Ökologie und Einsparungen.

Auf dem Hintergrund dieser Fakten stimmt die Fraktion etwas widerstrebend der Abschreibung des Postulats zu. Wir werden das weitere Schicksal der Asylunterkünfte allerdings aufmerksam verfolgen und zählen darauf, dass der Gemeinderat hier mit der nötigen Dringlichkeit zu Werk gehen wird.

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Lamya Hennache (SP): Die SP nimmt den Zwischenbericht des Gemeinderats erfreut zur Kenntnis und wird der Abschreibung zustimmen. Aus dem raschen Handeln wird sichtbar, dass der Gemeinderat willens ist, die aktuellen Missstände zeitnahe zu beheben. Klar ist nämlich, die bestehenden veralteten Gebäude sind nicht nur unökologisch und unterhaltsintensiv, sie bieten auch kein menschenwürdiges Leben für Asylsuchende. Variante 2 mit der modularen minergiefähigen Holzbauweise scheint uns eine gute nachhaltige Wahl. Es ist bekannt, dass Holz ein gutes Raumklima schafft und im Winter weniger geheizt werden muss. Ausserdem dürfte die neue Wohnanlage flexibel nutzbar sein und die Möglichkeit bieten, auch Familien oder Mütter mit Kindern in geeigneter Weise unterzubringen. Es ist kaum vorauszusagen, wie sich die Krisen auf der Welt und damit die Flüchtlingsströme mittel- bis längerfristig entwickeln werden. Wenn diese Menschen den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer überhaupt schaffen. Die SP begrüsst jedenfalls, dass der Gemeinderat mit dem Kompetenzzentrum Integration (KI) der Stadt Bern im Gespräch ist, und wir sind gespannt auf das Ergebnis.

Jennifer Herren (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis. Wir sind nicht einverstanden mit der Position des Gemeinderates. Der Gemeinderat geht davon aus, dass es nicht sinnvoll ist, die Unterkünfte zu sanieren und schliesst daraus ohne weiteres, dass man einen Ersatz haben muss. Die SVP-Fraktion hinterfragt diese Schlussfolgerung. Wir sehen nicht, wieso ein Neubau von Unterkünften notwendig ist. Es gibt verschiedenste Gemeinden, welche keine Unterkünfte in dieser Art haben. Es gibt einige Alternativen z.B. die Miete von bestehenden Wohnungen, wenn der Bedarf besteht. Heute geht es nur um den Zwischenbericht, welchen wir zur Kenntnis nehmen. Wir melden aber gleichzeitig Opposition an, sollte der Antrag auf Neubau, wie vom Gemeinderat angekündigt, ins Parlament gebracht werden.

*Keine weiteren Wortmeldungen.*

Schlusswort von Barbara Künzi (GR): Nur zu meiner Ehrenrettung – Anne-Claude Slongo – und zur Ehrenrettung der Bauverwaltung: Wir investieren jährlich fast eine Million bzw. mehr in den Unterhalt der gemeindeeigenen Liegenschaften. Darin inbegriffen sind auch die Asylunterkünfte. Wir haben die Migranten sicher nicht auf durchbrochenen Böden leben lassen oder mit undichten Dächern. Ich muss aber auch sagen, dass die Kompetenzen manchmal ein bisschen geteilt waren. Der Kanton hat nämlich ebenfalls Renovationskosten in die Unterkünfte investiert.

Martin Häusermann (GR) und Anne-Claude Slongo (forum) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Postulat forum betr. Aufwertung der Asylunterkünfte Egghölzli / Moosstrasse wird abgeschrieben.

## **10. Postulat Lehni (Grüne) betr. hindernisfreie RBS-Station; Zwischenbericht**

Markus Bärtschi verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Carole Klopffstein (Grüne), anstelle von Laura Lehni: Besten Dank für den Zwischenbericht. Ich fasse mich kurz. Ihr habt uns aufgezeigt, aus welchen Gründen ihr wie vorgegangen seid. Dies war sehr hilfreich.

Wir sind erfreut über die kurzfristigen Massnahmen, die getroffen wurden und die längerfristigen, welche in der Planung berücksichtigt werden. Wir hoffen aber, dass diese auch hier sehr zeitnahe umgesetzt werden, denn gerade bei älteren Personen ist Zeit eine sehr wertvolle Ressource. Es wäre schön, wenn wir alle hier so bald als möglich davon profitieren können.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

*Keine Fraktionserklärungen. Keine Wortmeldungen.*

Schlusswort von Markus Bärtschi (GR): Ich kann noch den neusten Stand nachtragen. Letzte Woche ist die Kante bei der Raiffeisenbank abgeschliffen worden, dies wäre behoben. Die Stolperfalle, welche noch besteht aufgrund des nordseitig demontierten Geländers, wird in sehr kurzer Zeit noch bodeneben gemacht. Dann wären wir dort diese Pendenzen los.

Carole Klopstein (Grüne) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

**11. Postulat Brunner / Schmid (SP) betr. "Einführung von «Deutsch vor dem Kindergarten» im Rahmen der Frühförderung – eine Chance für Kinder mit Deutschdefiziten"**

Beat Wegmüller verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Joe Brunner (SP): Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort auf unser Postulat, was gegenwärtig bezüglich Frühförderung läuft. Festzustellen gilt, dass für eine allgemeine Frühförderung einiges gemacht wird, dies aber in relativ bescheidenem Umfang. Darum will der Gemeinderat hier investieren und diese Frühförderung ausbauen. Im Abschnitt «Ziele und nächste Schritte» wird der Weg aufgezeigt, der folgendes Ziel erreichen soll: «Alle Kinder von Muri-Gümligen sind bereits vor dem Kindergarteneintritt in Kontakt mit anderen Kindern, haben verlässliche Bezugspersonen und Vertrauen in ihre Fähigkeiten. Sie beherrschen ihre Erstsprache und eine Unterrichtssprache, ...» Die SP wird im Verlaufe der nächsten Legislatur nachfragen, in welchem Umfange dieses Ziel erreicht wurde. Erwartet wird, dass die Auskunft mit empirischen Daten gegeben wird – welche Ergebnisse brachte die in der Antwort des Gemeinderates versprochene Fragebogenerhebung bei Eltern von dreijährigen Kindern bezüglich Deutschkenntnisse. Und als Folge davon, welche Massnahmen wurden ergriffen, um die ausgewiesenen Defizite zu beheben. Es ist fantastisch, dass Ihr Euch dieses Ziel setzt: «Sie beherrschen ihre Erstsprache und eine Unterrichtssprache vor dem Eintritt in den Kindergarten.» Wir verdanken die Antwort des Gemeinderates und stimmen seinem Antrag auf Überweisung und Abschreibung des Postulats zu mit dem Versprechen, das Anliegen später wieder in den Rat zu bringen. Aus Gründen der Ratseffizienz gilt dieses Statement zugleich als Fraktionserklärung.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen. Keine Wortmeldungen.

Beat Wegmüller (GR) und Joe Brunner (SP) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Das Postulat Brunner / Schmid (SP) betr. "Einführung von «Deutsch vor dem Kindergarten» im Rahmen der Frühförderung – eine Chance für Kinder mit Deutschdefiziten" wird überwiesen.
2. Das Postulat wird abgeschrieben.

**12. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen**

*Keine Wortmeldungen.*

**13. Neue parlamentarische Vorstösse**

Patricia Messerli, 1. Vizepräsidentin GGR verliert die eingegangenen Vorstösse:

**Motion Racine / Schmid "Vorwärts mit der Veloverbindung vom Veloparkplatz Muribad zur Auguetbrücke"**

*Antrag:*

Der Gemeinderat wird beauftragt, das bestehende Allgemeine Fahrverbot zwischen dem Veloabstellplatz Muribad und der Auguetbrücke aufzuheben und durch ein Fahrverbot für Autos/Motorräder/Motorfahrräder zu ersetzen (mit Zubringerdienst für Landwirtschaft, Gemeinde und Forstdienst).

*Begründung:*

*Im Richtplan Verkehr (Veloverkehr) der Gemeinde Muri vom 10. Mai 2019 ist die Netzlücke (V 2.3) vom Muribad bis zur Auguetbrücke enthalten. Der Richtplan wurde vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) genehmigt. Die Netzlücke gemäss Richtplan Veloverkehr ist als Massnahme zu schliessen.*

*Es ist ein altes Anliegen und grosses Bedürfnis, dass die Strecke zwischen dem Muribad und der Auguetbrücke mit dem Velo befahren werden kann.*

*Im Weiteren sind flankierende Massnahmen (z. B. Hinweisschilder, Signalisation) zu prüfen, damit Fussgänger\*innen und Velofahrer\*innen gleichzeitig mit dem notwendigen Respekt und Rücksichtnahme den Weg benützen können.*

*Muri bei Bern, 18. August 2020*

*Raphael Racine  
Eva Schmid*

*D. Ruta-Robert, B. Häuselmann, W. Thut, K. Jordi, C. Spycher, R. Lütolf, J. Brunner, H. Beck, L. Hennach, A. Kohler, A. Slongo-Millioud, G. Siegenthaler Muinde, C. Klopstein, P. Messerli (16)*

**Interpellation Siegenthaler-Muinde / Rösli / Beck betr. Transparenz im Abstimmungskampf zum OPR-Massnahmenpaket 4 vom 27. September 2020**

*Antrag:*

*Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:*

1. Würde es der Gemeinderat nicht als einen Beitrag zu einer transparenten Meinungsbildung betrachten, wenn die 60 m Höhe des geplanten Hochhauses Baufeld A1 für die Bevölkerung visuell bspw. mit Bauprofilen sichtbar gemacht würde?

*Dies ist rechtlich nicht vorgeschrieben, da mit dem Hochhaus jedoch ein konkretes Bauprojekt Teil der Abstimmungsvorlage ist, scheint die analoge Anwendung der Vorschriften für Baugesuche angezeigt. Auch hier geht es doch ebenfalls darum, dass die Öffentlichkeit Ihre Interessen aufgrund von*

*zureichenden Informationen und eben auch Visualisierungen wahrnehmen kann. Technisch ist dies gemäss unseren Informationen auch bei 60 m möglich.*

2. Angesichts der Aufmachung des Artikels zum OPR-Massnahmenpaket 4 in den Lokalnachrichten vom 13.8.20: Ist es richtig, dass dieser Artikel von der Gemeinde geschrieben und finanziert wurde? Falls ja, wie versteht die Gemeinde ihre Rolle, soll bzw. darf sie sich in einem Abstimmungskampf in dieser Form engagieren und welches Budget ist hierfür reserviert? Falls nein, findet es die Gemeinde akzeptabel, dass der Eindruck einer offiziellen Mitteilung erweckt wird?
3. Welche genaue Rolle spielte die Gemeinde bei der Initiierung des Unterstützungskomitees "Ja zum neuen Zentrum Gümligen"?

Muri bei Bern, 18. August 2020

Gabriele Siegenthaler Muinde  
Hanna Beck  
Patrick Rösli

D. Ruta-Robert, L. Hennache, W. Thut, B. Häuselmann, K. Jordi, J. Brunner,  
A. Bar (10)

Hanna Beck (EVP): Ich wollte anfragen, ob aus der aktuellen Situation heraus, unsere Interpellation bereits heute provisorisch beantwortet werden könnte.

Thomas Hanke (GR): Inhaltlich kann ich nicht Stellung nehmen. Die Interpellation ist an den Gemeinderat gerichtet und dem Gemeinderat muss man noch Zeit geben, diese Antwort vorzubereiten. Wir werden die Traktanden in die Wege leiten und Euch entweder ausserhalb der normalen Sitzungsabläufe zukommen lassen oder mit Nachversand für die September-Sitzung einreichen.

## Mitteilungen

Die Vorsitzende: Gehaltene Voten sind in schriftlicher Form wie immer Corina Bühler zuzustellen bzw. zuzusenden. Ich bitte Euch auch heute, die Halle gestaffelt zu verlassen und wünsche allen eine gute Heimreise und noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Christa Grubwinkler

Sarah Schlumpf